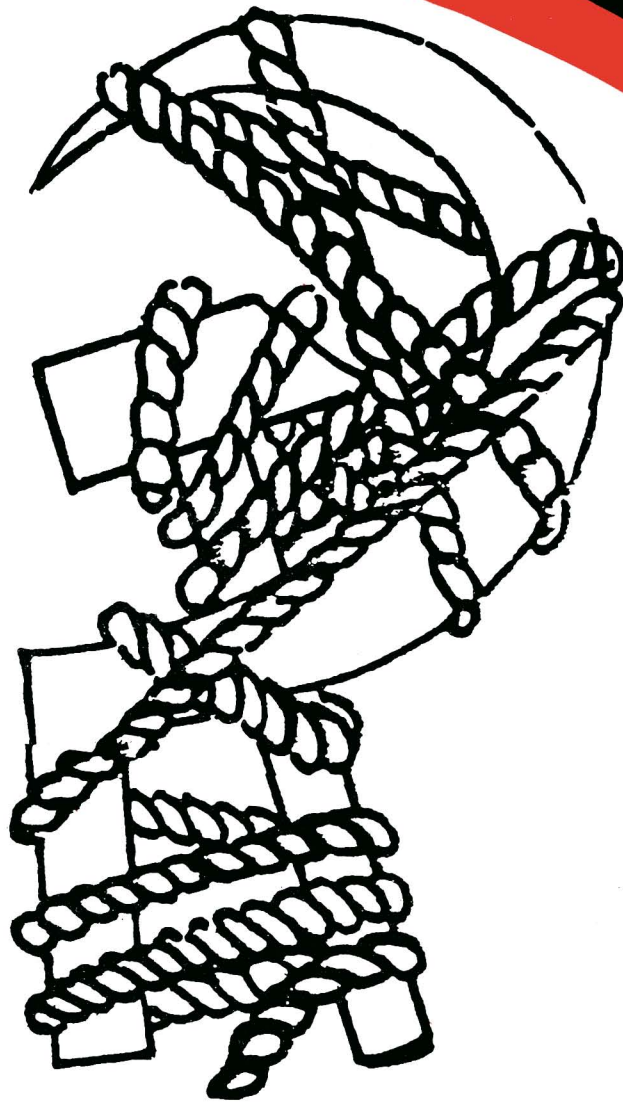


offensiv **links**

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



Nr. 66/Dezember 1981
Jahrgang 7
S 20.-/DM 3.-
SFR 3.-

Zu Besuch bei Solidarnosc

In den kambodschanischen Flüchtlingslagern

Israel annektiert die Golan Höhen

Zu diesem Heft

Aus aktuellem Anlaß haben wir uns entschlossen eine gemeinsame Nummer der "offensiv -links" mit den "aktuellen informationen" herauszugeben.

Wir wollen damit dem Informationsbedürfnis unserer Freunde und Leser Rechnung tragen und ausführlicher über die einschneidenden Ereignisse der vergangenen Wochen berichten. Das ist auch der Grund, weshalb diese "OL" nicht in der gewohnten Aufmachung erscheint, da weder für ein entsprechendes Layout noch für Buchbinderarbeiten Zeit zur Verfügung stand. Wir hoffen auf Verständnis unserer Leserinnen und Leser für diesen "Mangel". Diesmal erhalten auch die "AKIN" Abonnenten die "OL" und falls die "OL" ihre Zustimmung findet, hoffen wir sie bald im Abonnementkreis der "OL" zu finden.

Inhalt

- 3 Polen
- 5 Zu Besuch bei Solidarnosc
- 6 Solidarität mit Solidarnosc
- 7 Wie lange noch Fernwärme-Skandal
- 8 Das Grün übertönt nur leise den Beton
- 10 Israel annektiert die Golan Höhen
- 11 2 Modelle der Friedensbewegung
- 16 In den kambodschanischen Flüchtlingslagern

Impressum

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links -- solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Hans Margulies

Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 20,- Abonnement: S 80,- (jährlich). o Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

- (Gemeinsames Abonnement OFFENSIV LINKS + AKIN (aktuelle information): S 200,- (jährlich)

Polen

"Die Realität des Ausnahmezustandes ist hart, aber die Arbeiter respektieren das und begrüßen die vom Militärrat getroffenen Maßnahmen."

Solche und ähnliche Nachrichten bekomme ich jetzt täglich zu hören, wenn ich Radio Warschau aufdrehe. Meine polnischen Zeitungen, die sich in den letzten ein- einhalb Jahren zu einer unentbehrlichen Quelle der Information entwickelt haben, bleiben aus.

Wie hart die Wirklichkeit in Polen gegenwärtig tatsächlich ist, illustriert eine andere Meldung, die ich eher zufällig -sie wird erst nach den Nachrichten

Partei, die ihre letzte Glaubwürdigkeit verloren hat, und vor allem die Armee, die ihr einst so strahlendes Image als Verteidigerin der polnischen Unabhängigkeit eingebüßt hat.

Was bleibt, sind Resignation, Angst und Zynismus. Gewiß, unsere Medien schreiben von heldenhaftem Widerstand, sogar von Partisanenkämpfen. Aber an diesen Meldungen ist oft genauso viel - oder besser wenig dran wie an den Meldungen von Radio Warschau.

Ich persönlich würde mir auch nicht wünschen, daß es wirklich zu einem bewaffneten Widerstand kommt.



Das müssen wir stehen lassen ...

Daß noch mehr Blut vergossen wird als bisher ohnehin schon geflossen ist. Denn das Ende wäre furchtbar, eine totale Katastrophe, deren Folgen nicht abzusehen sind. Im Augenblick können wir nur unserer Empörung über die Knebelung der freien Gewerkschaften, die Verhaftung von Tausenden die Ausrufung des Kriegsrechtes Ausdruck verleihen und den Polen zeigen, daß wir mit ihnen solidarisch sind.

Martin POLLACK



gesendet- mithöre: in den oberschlesischen Kohlenruben Ziemowit und Piast haben sich dreitausend Bergleute unter Tag eingeschlossen, um so gegen die Ausrufung des Ausnahmezustandes zu protestieren. Radio Warschau und einige spärliche Berichte von Korrespondenten oder Reisenden sind jetzt die wichtigsten Quellen unserer Information über die Lage in Polen. Die Meldungen sind bei aller Kargheit widersprüchlich, nur eines ist gewiß: nach dem Militärputsch gibt es in Polen keine Sieger, sondern nur Besiegte, auf allen Linien. Die freie Gewerkschaft, die angeblich nicht aufgelöst, sondern "nur in ihrer Tätigkeit aufgehoben" worden ist, die

SOLIDARITÄT MIT DEN POLNISCHEN ARBEITERN

D I E N S T A G, 15. 12. 1981

Ö F F E N T L I C H E K U N D G E B U N G

17.30 UHR

MESSEPALAST

BOZEN

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Ein schwerwiegender Gewaltakt wurde seitens der polnischen Regierung durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes, die Aufhebung aller bürgerlichen Rechte und das Verbot der Gewerkschaft Solidarność begangen. Solidarność hat seit den Arbeiterkämpfen im August 1980 einen demokratischen Erneuerungsprozeß in Polen eingeleitet, der die Zustimmung und Beteiligung von Millionen von Menschen im Lande und die Solidarität der italienischen und europäischen Gewerkschaftsbewegung gefunden hat.

Der einheitliche Dachverband verurteilt die autoritären Maßnahmen der polnischen Regierung und fordert alle Arbeiter zu Solidaritätsbekundungen mit den Betroffenen auf und zwar in Form von Arbeitsniederlegung und Versammlungen am Arbeitsplatz, um die Betroffenheit und Aufmerksamkeit der Arbeitswelt gegenüber diesen Ereignissen auszudrücken.

Die Geschehnisse in Polen können nicht als ferne und auf unser soziales und politisches Leben einflußlose Ereignisse betrachtet werden. Durch die Zuspitzung der Wirtschaftskrise und die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse, die gekennzeichnet sind durch Arbeitslosigkeit, Entlassungen, Inflation, verschlechterte soziale Lebensbedingungen (Wohnungsprobleme, Sanitätswesen, usw.), gibt es auch in unserem Lande Tendenzen, einen Ausweg im Ergreifen zentralistischer und antigewerkschaftlicher Maßnahmen zu sehen. Jedes internationale Ereignis, das von konservativen und autoritären Kräften getragen ist und sich somit gegen die Gewerkschaft und gegen die Demokratie richtet, verleiht auch den in unserem Lande bestehenden antidemokratischen Kräften Hoffnung.

Der polnischen Erneuerungsbewegung und im besonderen Solidarność stehen wir aber auch deshalb nahe, weil wir gehofft haben, daß durch die Demokratisierung eines Ostblocklandes die Voraussetzungen für eine internationale Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West geschaffen werden könnten. Ein solches Ereignis steht allerdings im Gegensatz zu den internationalen Entspannungstendenzen.

Die Forderung nach Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Freiheit der polnischen Gewerkschaft durch unmittelbare Enthftung aller Gewerkschaftsmitglieder und die Wiederaufnahme der Gespräche und der Zusammenarbeit aller verantwortlichen und an der Erneuerung interessierten Kräfte stellen eine Voraussetzung für Entspannung und für Frieden in Europa und in der ganzen Welt dar.

Der einheitliche Dachverband fordert alle Arbeiter, Bürger und alle mit der polnischen Erneuerung solidarischen Kräfte auf, am Dienstag, 15. 12. 1981, um 17.30 Uhr an der öffentlichen Kundgebung im Messepalast, Bozen, teilzunehmen.

Bozen, 15.12.1981

Einheitlicher Dachverband
AGB/CGIL - SGB/CISL - SGK/UII

ZU BESUCH BEI SOLIDARNOSC

Janas und Jagodzinski schildern die Entwicklung des Kampfes der Ursus Arbeiter, beginnend mit der berühmten Blockierung des Expresszuges Warschau-Paris

Nun arbeite ich (Jagodzinski seit acht Jahren im Betrieb. Die Blockierung (oder besser die Demontage) der Eisenbahnstrecke zwischen Ursus und Warschau wurde in der westlichen Presse hochgespielt. Richtig ist, dass wir Arbeiter einen Streik planten. Damals hatten wir aber keine Streikpraxis. Zwei Betriebe machten damals von sich reden – wir hier in Ursus und Radom südwestlich von Warschau. Die Ursache zu diesem Protest war eine überraschende, massive Erhöhung der Lebensmittel- und Fleischpreise. Damals hätte ein Streik keinen Zweck gehabt, denn die politische Presse hätte darüber gar nichts berichtet, die Öffentlichkeit hätte nichts erfahren. Deshalb haben wir die Eisenbahnzüge, darunter auch den internationalen Expresszug Paris-Warschau, angehalten. Das war die Möglichkeit der polnischen Bevölkerung mitzuteilen, dass hier in unserem Werk etwas geschehen war. Es gab jedenfalls überhaupt keinen Schaden, weder im Betrieb noch bei der Eisenbahn. Die Eisenbahner hatten unsere Aktion unterstützt. Kurz darauf nahm die Regierung die Preiserhöhungen zurück. Noch ein Hinweis auf das Funktionieren des Parlamentes in Polen – des Sejm. Zuerst wurde die Preiserhöhung einstimmig gebilligt und acht Tage später, die Zurücknahme der Preiserhöhungen auch wieder einstimmig gutgeheissen.

Damals gab es auch Entlassungen. Vor allem solche, die an vorderster Front an der Aktion teilgenommen hatten, etwa 100 Arbeiter wurden rausgeschmissen. Einige von ihnen fanden bis heute keine Arbeit mehr. *Diese werden heute wieder eingestellt und finanziell entschädigt.* Einige waren auch verhaftet und misshandelt worden. In dieser Zeit wurde die Organisation KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) gegründet. Die Ent-

lassenen und ihre Angehörigen erhielten während Jahren keine Unterstützung, nur das KOR hat sie finanziell und moralisch unterstützt. *Ich spreche über das KOR, weil dieses mit der Entwicklung der Gewerkschaft Solidarität verbunden ist.* Einer der Gründer von Solidarität in diesem Betrieb bin ich (Janas) und mein Freund Bujak. Schon lange vor dem August 1980 hatten wir mit dem KOR Kontakt aufgenommen. Wir haben schon damals die Publikationen von KOR in unserem Betrieb verteilt. Ich spreche jetzt ganz offen darüber, endlich können wir offen sprechen. Damals überwachte uns die Polizei. Der erste Streik bei uns fand bereits im Juli 1980, also ein Monat früher als in Danzig statt. Nachdem der Streik in Danzig bereits einige Zeit dauerte (14. August) diskutierten wir darüber, wie wir die Arbeiter an der Ostküste unterstützen könnten. Wir hatten dann die Idee, ein «Komitee der Solidarität mit den streikenden Werftarbeitern» zu gründen. Dieses Komitee ist am 20. August gegründet worden. Wir gaben Flugblätter heraus und informierten unsere Kollegen über die Streiks an der Ostseeküste. Denn die Presse, Radio und Fernsehen hatte nichts darüber berichtet. Wir haben damals auch Massenversammlungen im Betrieb organisiert. Um diese Zeit gab es bei uns aber keinen Streik. Wir waren der Meinung, dass wir nicht streiken sollten, sondern unsere Solidarität ausdrücken sollten. Wir erachteten den Streik der Werftarbeiter als genügend stark, um die Regierung zu Verhandlungen zu zwingen.

Am 30. August forderten wir von der Direktion; 1. dass sie von den staatlichen Behörden verlangen sollen, dass die 21 Forderungen von Danzig veröffentlicht werden – in der Presse, 2. die Freilassung

der politischen Gefangenen, 3. Zugang von «Solidarität zu dem innerbetrieblichen Informationsnetz (z. B. Lautsprecher). Weiter verlangten wir von der Direktion einen Wagen, um damit eine Delegation nach Danzig zu schicken. Und wir haben der Direktion gedroht, dass wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, wir auch streiken würden. Darauf akzeptierte die Direktion alle unsere Forderungen. Am 30. August fuhren wir dann nach Danzig. Wir erklärten vor der Abfahrt der Direktion, dass wenn die Verhandlungen in Danzig bis am Montag (1. September) nicht abgeschlossen seien, wir auch streiken würden. (Am Sonntag, 31. August, wurde dann das Abkommen von Danzig unterzeichnet.) Wir kamen also zurück und nahmen am Montag wie üblich die Arbeit wieder auf. Das «Komitee der Solidarität mit den streikenden Werftarbeitern» verwandelte sich bereits am Montag in das Gründungskomitee der neuen unabhängigen Gewerkschaft «Solidarnosc» (Solidarität) in Ursus.

Ich (Janas) wurde vom Betrieb ab 1. September für den Aufbau der Gewerkschaft freigestellt. Wir organisierten dann Versammlungen in allen Abteilungen. Jede Abteilung wählte zwei Delegierte ins Gründungskomitee. Gleichzeitig begannen wir auch mit dem Aufbau der regionalen Organisation um Warschau, der Region Mazowsze. Ursus war und ist der führende Betrieb im Kampf um die neue Gewerkschaft. Der Vorsitzende des Regionalkomitees von Solidarität ist Bujak, früher ebenfalls Arbeiter in Ursus. Lange Zeit waren im Regionalkomitee praktisch nur unsere Kollegen von Ursus aktiv. Ursus ist der grösste Betrieb in Warschau, das Fiat-Werk ist fast gleich gross.

Diesen Beitrag haben wir der Schweizer-Zeitung "tell" Nr.36/81 entnommen.

SOLIDARITÄT MIT SOLIDARNOSC

Unter diesem Titel fand am Freitag, den 18.12.81 eine Veranstaltung des sozialistischen Osteuropakomitee an der Wiener Uni statt. Der Hörsaal 1 im Neuen Institutsgebäude war vollbesetzt, trotzdem war der Abend - um das vorweg zu nehmen - für mich eher unerfreulich! Warum? Ein beträchtlicher Teil der Diskussionsredner, Vertreter von Organisationen, denen immer alles klar ist und die meinen, daß die Weltrevolution nur darum so mühsam weitergeht, weil nicht alle anderen Linken ihrer glasklaren Linie folgen, benützten wieder einmal die Gelegenheit, sich selbst zu profilieren und die anderen zu entlarven.

Die Sprecher der GRM interpretierten die Ereignisse in Polen als eine Bestätigung allen dessen, was Trotzlisten immer schon sagten. Darüber hinaus kleideten sie eine an und für sich berechtigte Kritik an linken Sozialdemokraten (Hindels und Soz.Jugendorganisationen) in eine der Solidarität sehr undienstlichen Form der Entlarvung. Die Tatsache, daß viele an der Demo am Montag teilgenommen hatten, wurde unterschlagen. Kritik wurde teilweise gehässig geführt und jedenfalls so, daß kritische, unzufriedene SPLer sich wieder einmal bemüßigt fühlten, ihre Organisationen zu verteidigen.

Vertreter anderer Gruppen gaben eine "Analyse" der Niederlage der polnischen Arbeiterklasse und kamen zu dem Schluß, daß diese zu wenig radikal war und zu viel auf so "versöhnlerische" Führer wie Walesa gehört haben. Die Bewaffnung der Arbeiterschaft wurde verabsäumt usw. - mir wurde echt übel ob solcher "Solidarität!"



Polnischer Arbeiter. «Sich zur Wehr setzen, ist für uns Polen nichts neues»!

6 offensiv links

Genosse Mlynar, Ex-KPTsch-Sekretär und Charta 77 Unterzeichner sprach mir aus dem Herzen, als er dieses Verhalten unsolidarisch und sektiererisch bezeichnete - nur eigentümlich, daß ihm alle applautierten, auch jene, die sich betroffen fühlen sollten. Weiters rückte Genosse Mlynar die Dinge wieder zu recht, indem er feststellte, daß es in Polen heute nicht um die sozialistische Revolution, sondern um die Verteidigung ganz normaler, demokratischer Rechte, wie sie zum Beispiel in der bürgerlichen Republik Österreich üblich sind. Nach 35 Jahren Miß- und Bonzenwirtschaft, nach 35 Jahren Lug und Betrug, durch die Vereinigte Arbeiterpartei Polens (KP) und deren Moskauer Chefs, alles im Namen von Sozialismus und Kommunismus, sind diese beiden Begriffe und einige andere linke ismen in Polens Arbeiterschaft und Bevölkerung so diskreditiert, daß längere Zeit niemand mehr damit kommen braucht. Wenn heute freie Wahlen in Polen wären, so würden sicher sehr viele nichtsozialistische, religiöse und sogar konservative Kandidaten gewählt werden - und warum auch nicht, schließt Genosse Mlynar. Wer heute mit den einfachen Menschen Polens solidarisch in ihrem Kampf gegen Unrecht und Unterdrückung sein will, muß diese respektieren; revolutions-romantische Wunschträume helfen da gar nichts.

Das größte Unbehagen bereitete aber ein Versuch des KPÖ-ZK-Mitglieds und KSV-Vorsitzenden Baier auf der Solidaritätsversammlung, die Funktionäre zu verleumden und die Verbrechen der derzeitigen Machthaber an Polens Volk zu "begründen", bzw. die Reaktion der Veranstalter und der Mehrheit des Publikums darauf. Nachdem die Volksstimme seit Tagen die Opfer der Militäraktionen nicht nur beschimpft, sondern auch verhöhnt und die Maßnahmen des Militärates begrüßt, müßte jedem Anwesenden klar sein, daß auf einer Solidaritätskundgebung mit Solidarnosc kein Vertreter der KPÖ was zu sagen hat (was bitte nicht heißt, daß die Linke den Dialog mit der KPÖ abbrechen soll).

Anderer Meinung waren die Veranstalter, die offensichtlich meinten, Arbeiterdemokratie bestehe darin, daß die

Befürworter von Arbeitermord die gleichen Rechte hätten als die zum Protest Versammelten. Nachdem diese Meinung von mir und anderen in Zwischenrufen vertreten wurde, ließ der Vorsitz abstimmen. Eine große Mehrheit war der Auffassung, daß Baier reden sollte; wie sich aber sogleich herausstellte, nur weil sie sich den Spaß, einen Vertreter der KPÖ niederzubrüllen, nicht entgehen lassen wollten. Für mich ein lächerliches, würdeloses Verhalten, aus dem keine glaubhafte, durch Betroffenheit ausgelöste Solidarität entstehen kann. Ich verließ zornig und traurig den Saal.

Polens Menschen brauchen unsere Solidarität, d.h. unsere materielle Unterstützung und unseren nicht erlahmenden Protest gegen ihre Unterdrückung - so laut, zahlreich und vielfältig, wie nur möglich.

Sie brauchen nicht unsere Analysen IHRER Situation, nicht unsere weisen Ratschläge, nicht unsere Weltrevolutionsstrategien und nicht unsere Profilierungsneurosen.

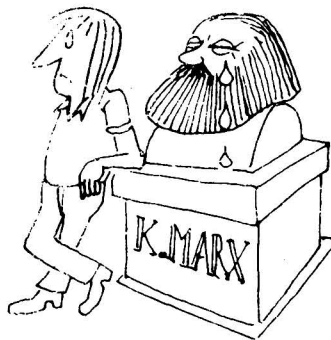
Herbert Brunner

WIE LANGE NOCH FERNWÄRME-SKANDAL

Anfangs Dezember informierten die Tageszeitungen darüber, daß immer mehr Familien in Gemeindebauten mit Fernheizung die Rechnungen nicht mehr bezahlen können und daß tausenden Mietern deshalb schon die Heizung abgedreht wurde - jetzt zu Winterbeginn! Daraufhin forderte die ÖVP einen Heizkostenzuschuß der Gemeinde für bedürftige Familien, analog zum Mietkostenzuschuß. Die SPÖ deklarierte schnell die sowieso fällige Erhöhung der Mindestpensionen zum Heizkostenzuschuß und allen anderen Mietern, die sich die Heizung nicht mehr leisten können, empfahl Bürgermeister Gratz sich an die Sozialämter um Hilfe zu wenden. Niemand schrieb, daß die Heizbetriebe Wien, eine private Firma, die das Monopol bei Gemeindebauten auf Fernwärme hat, innerhalb der letzten zwei Jahre dreimal die Gebühren um insgesamt 60 % erhöht haben. Zuletzt am 1. Oktober 1981, und was eine besondere Gemeinheit ist, da es das Sparen beim Heizen nahezu sinnlos macht, die Grundgebühr wurde von S 2.50 auf 3,50 erhöht; pro m² und Monat - Sommer und Winter.

Nun meldete sich das Mieterkomitee Großfeldsiedlung mittels einer Presseausendung zu Wort. In dieser Siedlung wurde bisher bei 15 bis 20 % der Wohnungen die Heizung abgedreht. Zum Vorschlag des Bürgermeisters, zum Sozialamt zu gehen, stellt das Mieterkomitee fest:

Vom Sozialamt Floridsdorf ist nichts zu erwarten. Dort meint man nur, es sei kein Geld vorhanden. Eine Reihe Betroffener mußte unverrichteter Dinge wieder in die kalte Wohnung abziehen. Im Gegensatz dazu gelang es durch den Einsatz des Komitees, für einige Mieter wenigstens günstige Ratenzahlungen zu vereinbaren. Das ermöglichte, daß die Heizung wieder aufgesperrt wurde. Aber es ist keine echte Lösung, meint das Mieterkomitee. Die Ursache für die gewaltige Kostenexplosion liegt offensichtlich in den Mißständen und einer falschen Investitionspolitik der Heizbetriebe Wien. So wird beispielsweise dem US-Konzern General Motors eine Fernwärmeleistung im Wert von 150 Mill. Schilling geschenkt. Dieser Betrag wird von Haushalten, den normalen Kunden mitbezahlt. Das Mieterkomitee kritisiert, daß es keine Alternative zur Fernwärme gibt. Rechtlich nicht - die Mieter müßten einen Vertrag mit den Heizbetrieben abschließen, der nur für diesen zu kündigen ist, wenn nicht, bekommen sie von der Gemeinde Wien keinen Mietvertrag.



Und faktisch nicht - die Wohnungen haben größtenteils keine Kamine.

Angesichts dieser Fakten fordert daher das Mieterkomitee Großfeldsiedlung die Rückführung der Heizbetriebe Wien in den kommunalen Besitz und eine Kontrolle durch die Mieter. Für diese Forderung wurden bereits mehrere Tausend Unterschriften gesammelt.

Ähnliche Forderungen wurden auch vom Mieterkomitee Rennbahnweg erhoben.

Falls AKIN-Leser diesbezügliche Betroffenheit haben, so sollen sie uns bitte schreiben!

H.B.

Adresse: BfS 1040 Wien

Belvederegasse 10 - AKIN - Red.

offensiv links 7



Die Militärdiktatur in Polen -und angesichts der ermordeten Bergarbeiter und tausender verhafteter Arbeiterfunktionäre kann man ohne schlechtem Gewissen diesen Ausdruck verwenden- hat katastrophale Auswirkungen , die sich auch auf innenpolitischem Gebiet zeigen.

Manch führendem Wiener SP-Funktionär mag ein Stein vom Herzen gefallen sein ,als er die ersten Meldungen über Polen hörte. (wobei ich keineswegs damit behaupten will, daß diese Funktionäre sich über die Entwicklung in Polen freuen). Wußte er doch , daß damit die Schlagzeilen rund um das Volksbefragungsdebakel durch andere ersetzt würden.

Jedenfalls haben die Volksbefragung und ihre Ergebnisse Bedeutung weit über den kommunalpolitischen Bereich hinaus;Linke und kritische Kräfte können daraus lernen für ihre künftigen Aktivitäten.Bemerkenswert ist einmal die hohe Zahl jener ,die den Ruf desBürgermeisters ignorierten und auf eine Antwort großzügig verzichteten.

Die obligatorischen Nichtwähler

Wir meinen , daß heute ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung - und viele aus der jungen Generation - jede Wahl für uninteressant hält. Ein Teil dieser Nichtwähler mag kritisch gegenüber dem Parlamentarismus eingestellt sein, und von der Repräsentativdemokratie wenig halten. Die meisten dieser Menschen sind jedoch gesellschaftspolitisch völlig desinteressiert, sie flüchten in eine Schrebergartenmentalität, die sich zu einem gefährlichem Sumpertum entwickeln kann, ebenso wie zu einem antidemokratischen und natürlich antisozialistischen Verhalten führen kann.

8 offensiv links

Sie haben den Untertanengeist derart verinnerlicht , daß sie für jede kritische und linke Bewegung praktisch nicht erreichbar sind;für die Gesellschaft , die wir kritisieren , sind sie ein stabilisierendes Element, ohne sich dessen bewußt zu sein. Diese schmerzliche Erfahrung mußte bisher noch jede linke Gruppierung machen. In Wien dürfte diese Nichtwählerschichte an die 20 bis 25 % ausmachen.

Die neuen Nichtwähler

Vor allem aber haben jene Menschen die jüngste Volksbefragung ignoriert, die sich sonst an Wahlen beteiligen ,aber diesmal aus unterschiedlichen Gründen der Abstimmung ferngeblieben sind. Zur Erinnerung: 1978 gab es in Wien Gemeinderatswahlen, die Sozialisten erhielten rund 480 000, die ÖVP 282 000, die FPÖ 54 000 ,die KPÖ 14 000 und schließlich die rechten Grünen 6 000 Stimmen. 300 000 Menschen gingen damals nicht zur Wahl.. Schon damals blieben an die 100 000 SP-Wähler zu Hause , weil sie mit der SP-Politik nicht einverstanden waren , aber die ÖVP nicht wählen wollten (die KP kam für sie nicht infrage). Und heute? Immerhin hat die SPÖ nur maximal ein viertel, eher aber nur ein fünftel ihres traditionellen Wählerpotentials mobilisieren können. Nur weniger als die Hälfte der Mitglieder ist dem Ruf der Partei gefolgt. Die bürgerlichen Parteien feiern nun das Ergebnis als Sieg. Dennoch haben auch ÖVP und FPÖ höchstens ein drittel ihrer Wähler zu den Urnen gebracht. Diese Zahl ist wahrscheinlich sogar zu hoch gegriffen , da sich auch unabhängige Linke, SP-ler und "Alternativos" gegen die Verbauung der Steinhof-Gründe wandten.

Es zeigt sich also , daß die "grüne " Welle von Busek und Co. nicht von allen ÖVP-Wählern akzeptiert wird. In der ÖVP wird vor allem aus wahltaktischen Gründen die Kritik an dieser Politik nicht laut aus gesprochen. Wie lange dieser Konflikt verdrängt werden kann ist derzeit schwer abzuschätzen. Daß er vorhanden ist, und daß er vor allem in Kreisen des Wirtschaftsbandes und in manchen ÖAAB Bereichen schwelt, kann ein Trost für jene sein , die Angst haben ,eine Busek-Woge könne Wien überschwemmen.

Das Debakel und die Linke

Aus dem Volksbefragungsdebakel kann nun die linke und Alternativbewegung interessante Schlüsse ziehen. Insbesondere , was künftige kommunalpolitische Aktivitäten betrifft .

Die Führung der Wiener SPÖ ist angeschlagen . Auf ihrer Flucht nach vorn hat sie die traditionelle Parteidisziplin im Stich gelassen. Angesichts der AKH-und Müllverwertungsskandale, des immer unsozialer werdenden Wohnbaus, der extrem steigenden Tarifgebühren und einer miserablen Verkehrspolitik haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Viele ,die sich kaum als "Grüne "verstehen, die bisher vom sozialen Wohnbau nicht gerade verwöhnt wurden, die die Wohnungsvergabep Praxis kennenlernten und den sanften "Druck" der Baumafia kannten, konnten an die künftige Idylle (billige Wohnungen für ärmere Schichten) nicht so recht glauben. In den Sektionen mehrt sich der Unmut. Noch ist dieser Unmut keine radikale Kritik an der SP-Politik. Noch ist der überwiegende Teil der SP-Wähler nicht bereit sich offen gegen die Parteispitze zu stellen,sie sehen keine Alternative. Die meisten von ihnen machen Personen verantwortlich für das Dilemma, und suchen nach neuen Führern. Doch wer soll durch wen ersetzt werden bei der in Frage kommenden Funktionäre.Da gleicht im wesentlichen ein "Bezirkshaus " dem anderem, vom Stadtsenat ganz zu schweigen.

Eine Chance für die Linke?

Liegt hier unsere Chance? Möglicherweise. Die Menschen reagieren sensibel auf kommunale Zustände. Fehler im Kommunalbereich spüren sie deutlich,gleichgültig ob es sich um überhöhte Mietzinse, um verstopfte Straßen, und steigende Tarife und fehlendem Grünraum handelt.

Im Kommunalbereich wird das, was man gerne abstrakt als den Widerspruch zwischen technokratischer profitorientierter Politik und den Bedürfnissen der Städter be-



zeichnet spürbar und erkennbar. Den meisten arbeitenden Menschen erscheint die Arbeitswelt derzeit kaum grundlegend veränderbar, sie haben ihre Abhängigkeit mehr oder weniger verinnerlicht, sie erachten sie als selbstverständlich.

Aber zumindest in ihrem Freizeitbereich, in ihrer Wohnumwelt wollen sie sich von Zwängen frei fühlen. Damit muß eine konservative Kommunalpolitik, wie sie heute von der Wiener SP praktiziert wird, in Widerspruch kommen mit den Wünschen der Menschen nach höherer Lebensqualität.

Und immer deutlicher wird es, das Lebensqualität nicht nur als ein Mehr an Konsum betrachtet wird, sondern als Leben in einer besseren Umwelt, als ein Mehr an Demokratie im lokalen Bereich. Diese Demokratie der kleinen, selbst erleb- baren und erlebten Schritte, sie hat nichts zu tun mit Volksbefragungen, die von oben verordnet werden. Sie muß in Wien erst geschaffen werden, und sie könnte die Menschen wieder mit Politik vertrauter machen.

Hans MARGULIES

Rainer JUCH

offensiv links 9

ISRAEL ANNEKTIERT DIE GOLAN HÖHEN



Die jüngst im israelischen Parlament beschlossene Annexion der Golan-Höhen ist nicht einfach nur der 'günstigen' Weltsituation zu 'danken' (Konzentration auf die Ereignisse in Polen), sie ist vielmehr die Formalisierung und Legalisierung eines Prozesses, der schon lange zur faktischen Annexion geführt hat. Bevor Israel die damals syrischen Golan-Höhen 1967 eroberte, lebten dort 130.000 Menschen, darunter 18.000 palästinensische Flüchtlinge, in rund 80 Dörfern und in der Stadt Kuneitra. Jetzt gibt es nur noch 4 drusische und 1 alawitisches Dorf. Der Rest der Bevölkerung wurde entweder während oder nach dem Juni-Krieg 1967 vertrieben. Die Israelis errichteten in den folgenden Jahren 25 landwirtschaftliche Siedlungen und eine Stadt Katzrin für eine Bevölkerung von 7000. Die meisten landwirtschaftlichen Siedlungen sind der Kibuz- und Moschaw-Bewegung angegliedert, auch der im Selbstverständnis links-sozialistischen. Ökonomisch geht es den Siedlungen nicht schlecht, können sie doch weite Flächen unbewohnten Landes bearbeiten.

Gleich nach 1967 wurden die syrischen Gesetze abgeschafft und israelische eingeführt. Die Schulen für die israelischen Siedler und die verbliebene syrische Bevölkerung verwenden den gleichen - israelischen Lehrplan; die syrische Bevölkerung muß auch die israelischen Steuern zahlen etc. Die 15.000 Syrer, die noch auf den Höhen leben in den 5 verschonten Dörfern Majdal, Bukaata, Massaadah, Ain Keena und Al-Ghajar liegen isoliert und wurden von den Israelis als strategisch unwichtig eingeschätzt. Die nicht-jüdische Bevölkerung auf den Golan-Höhen wird letztlich ähnlicher Behandlung und Diskriminierung ausgesetzt wie die arabische Bevölkerung Israels in den Grenzen von vor 1967. Das bezieht sich sowohl auf die schulische Unterversorgung als auch auf die Enteignungen von Böden selbst der wenigen übriggebliebenen Dörfer. Wie nahezu alle Maßnahmen wird auch die Annexion der Golan-Höhen mit den Notwendigkeiten der Sicherheit des Staates begründet. Um die strategische Bedeutung der Golan-Höhen wurde ein sehr wirksamer Mythos entwickelt, der jedem israelischen Kind und den ausländischen Besuchern der Region vermittelt wird. Demgegenüber erklärte der israelische General Mattitiahu Peled im Oktober 1980 den Glauben die Zwischenfälle an der israelisch-syrischen Grenze vor 1967 seien auf die geographische Nähe und Lage der Golan-Höhen zurückzuführen als ein Märchen. Er wies nach, daß es an anderen Stellen der israelischen Grenzregion, die etwa von Irbid (Jordanien) erreicht hätten werden können, keine Raketenbeschüsse gab und führte die Zwischenfälle an der syrisch-israelischen Grenze auf systematische israelische Versuche hin die zwischen beiden Ländern bestehenden entmilitarisierten Zonen am Fuße der Golanhöhen 'agrarisches' zu bearbeiten, und zwar in land-nehmender Absicht, um damit eine einseitige Interpretation der Waffenstillstands-Vereinbarungen von 1948 durchzusetzen. Außerdem wies

EINDRÜCKE VOM WIFNER LEHRERTREFFEN :

Da Feiertag-Morgen sind um 10 Uhr erst 26 Lehrer/innen im WUK. Trotzdem beginnt Erna mit einem Bericht über eine bemerkens- und nachahmenswerte

ALTERNATIVE IM REGELSCHULSYSTEM (1)

In einer Hauptschule in der Großfeldsiedlung gab/gibt es einen hohen Prozentsatz "verhaltensauffälliger" Kinder, d.s. Kinder, die mit unserer Schule halt nicht zurecht kommen und ihre Wut an Gebäude und Inneneinrichtung ausließen. Irgendwie gelangte das in die Bezirkszeitung: "Die Lehrer fürchten sich, die Kinder spucken einander an..." Der Stadtschulrat reagierte mit einer Konferenz gemeinsam mit den Lehrern dieser Schule. Zur Verbesserung der Situation an dieser Schule wurde dann folgendes beschlossen: statt 2 wurden 3 erste Klassen eröffnet, d.h. seit Herbst nur mehr 20 Kinder pro Klasse. Außerdem bekamen sie einen zusätzlichen Dienstposten versprochen, falls die Lehrkräfte ein Konzept für die Betreuung dieser verhaltensauffälligen Kinder vorlegen könnten. Sie konnten.

Seit Herbst gibt es also eine zusätzliche Lehrkraft. 7 Lehrer unterrichten 2 Stunden weniger und betreuen in dieser Zeit schwierige, aber auch "normale" Kinder. Das Jugendrotkreuz hat Spielzeug im Wert von 4000 S gespendet und zusätzliche 30 000 S hat Stadtschulratpräsident Matzenauer von der Nationalbank flüssig gemacht. Nach Diskussion mit den Kindern wurde um das Geld ein Tischtennistisch, Matratzen für die Pausenhalle.... angeschafft. Obwohl seit 3 Jahren an dieser Schule eine Balint Gruppe besteht, wo sich die Lehrer in einer "themenzentrierten Gesprächstherapie" kritisch (?) mit ihrem Beruf auseinandersetzen, verstehen sich diese Lehrer als Alternative zu den Psychagogen, die zwar auch in Balintgruppen zusammengefaßt sind, aber als schulfremde Spezialisten die schwierigen Kinder jeder Klasse einer Schule "therapieren". Trotzdem war ^{es} diese Balintgruppe, der Besuch einer Vorlesung und eine Art Supervision, wo die Arbeit mit den Kindern und auch mit den Eltern besprochen wird, Voraussetzung für dieses Projekt (Bedingung für den Stadtschulrat!)

Erna beschrieb die Arbeit mit den Kindern so:

Die Kinder werden gefragt, ob sie eine Betreuungsstunde haben wollen, wenn ja, "schwänzen" sie eine Schulstunde (das Nacharbeiten wird mit dem Fachkollegen abgesprochen und meist wird verzichtet). Das Kind spielt nun im Betreuungsraum, dabei ergibt sich fast immer ein Gespräch. Allein diese eine Stunde Entspannung bringt diesen Kindern, die unter großem Streß stehen, soviel Ruhe, daß der Unterricht mit ihnen leichter ist. Erna versucht auch, Kinder gruppenweise zu betreuen, um "ruhende Pole" in einer Klasse zu schaffen. Da wurde in den Betreuungsstunden z.B. gemeinsam ein Teppich gehäkelt. Bei der Elternarbeit gibt es ein Problem: sie kommen nicht oder halt nur sehr wenige. Hausbesuche hat der Stadtschulrat ausdrücklich verboten. Um die Intimsphäre der Eltern zu schützen, sie genießen sich oft für ihre Wohnsituation.

Die Betreuungsstunden finden nicht nur in der Schule statt, oft werden sie ganz unbürokratisch auf den Nachmittag und Spielplatz verlegt. Die Lehrer sind seit Herbst viel mehr Stunden in der Schule, es finden Jahrgang-, Klassen-, Fachkonferenzen statt. Die Schulwarte rotieren, die Lehrer sind aber viel weniger geschäftig als früher.

Ab Jänner wird es noch eine Verbesserung mehr geben. Studenten der Sozialakademie werden als Ausbildungsprojekt einen Nachmittag pro Woche mit den Kindern dieser Schule "Spiel-Spaß-Mach mit Theater spielen. (Das ist bes. bemerkenswert, da Sozialarbeiter sonst nur

schlecht in der Schule verankert sind).

ABER: Obwohl Matzenauer erklärt hat, man sei solchen Projekten gegenüber sehr aufgeschlossen, die Initiative müsse aber von der Schule kommen, die Unterstützung werde folgen, soll dieses Projekt jedoch bereits im nächsten Jahr abgeblasen werden, aus Kostengründen...

Reinhard Sellner stellt nun das KULTURSERVICE (2) vor.

Wenn Lehrer/Schüler einen Maler/Dichter/Liedermacher (auf das /in verzichte ich diesmal, sonst wird es zu kompliziert) an die Schule haben wollen zu Vortrag/Diskussion sollen sie

- 1) das Kulturservice anrufen (Tel.: 24-35-07)
- 2) den Direktor die Veranstaltung genehmigen lassen (laut Sellner ein rein formaler Akt. Ich glaub aber, daß etliche Direktoren äußern: "Der kommt mir nicht ins Haus")
- 3) Nachher ein kurzer Bericht (mit Foto) und Honorarnote ansKS.

Das Kulturservice wurde als relativ bürokratischer Apparat beschrieben, der sich - keiner weiß warum- weigert, auch Hauptschulen gratis Kultur zukommen zu lassen. Filme gelten auch nicht als Kultur, keine Chance derzeit, die ausgezeichneten Filmläden Filme (Septemberweizen, der Traum des Sandino, Kriegsspiele) umsonst zeigen zu können. Diese ins SHB-Verleihprogramm zu pushen, wird uns auch nicht so schnell gelingen, der Verein dürfte ziemlich reaktiv sein und nimmt lieber Filme von BASF und SHELL.

Ein Trostpflaster: der ÖGB hat sehr gute Anti-Faschismus-Filme, die gratis verliehen werden.

Die GRAZER AUTORENVERSAMMLUNG, oder besser ihre Mitglieder sollen vorhaben, auch an Schulen zu gehen. Wir sollten rechtzeitig unseren Einfluß geltend machen, auf daß dort nicht ähnlich seltsame Sitten (man/frau beachte den Stöbreim) wie beim Kulturservice einreißen. Es wird noch angeregt, ein Verzeichnis von Kulturschaffenden, die bereit und geeignet sind, an Schulen aufzutreten, zu veröffentlichen.

Als nächster Programmpunkt folgt ein Videofilm über die SCHULE AM FRIFDRICHSHOF (3).

Die AA, vormals Otto Mühl Kommune hat im Burgenland ein Anwesen, wo ca 100 Erwachsene und 50 Kinder ein "Inselleben" führen.

Alle anwesenden Lehrer (mittlerweile sind es ca 60) reagieren sehr verärgert auf diesen Propagandafilm.

Wenn ich nur wüßte, ob die AKIN-Leser das interessiert: ein Vergleich der bestehenden Alternativ-Schulversuche.....?

Nach dem Mittagessen zeigt die Freinet-Gruppe einen Diavortrag über eine FREINET-WOCHE am Nexenhof (4). Eine Darstellung der Freinet-Pädagogik kommt in einer der ersten AKINs 1987/2

Anschließend stellen zwei Lehrer aus einer Wiener Alternativschule eine erst zu machende BROSCHÜRE (5) vor.

Arbeitstitel: " Wir haben nichts zu verlieren außer unsere Angst." Sie wollen festhalten, sammeln und in eben dieser Broschüre dokumentieren, was im Rahmen von Schulversuchen Neues probiert wurde, auf eigene Faust, unter der Hand, hinter dem Rücken. Was viele für sich versucht haben, soll allen Mut machen.

Also, wer hat:

- *) Berichte, Fotos, Dokumente von der Arbeit im Klassenzimmer oder anderen pädagogischen/sozialen Arbeitsfeldern
- *) Erfahrungen aus der Arbeit mit Eltern, Kollegen, Vorgesetzten, Gewerkschaft...)

Sollte es notwendig erscheinen, können Beiträge auch anonym veröffentlicht werden. Breiteste Beteiligung an der redaktionellen Arbeit ist erwünscht. Redaktionstermin: Ende Februar.

Kontaktadressen:

- * Susi Jerusalem (Alt.schule): Schönbrunnerstr.82/22, 1050,
- * Gerti Edlinger (SLÖ): Berlag.1/21/5, 1210,
- * Andreas Schwarz (JG): Ehang.4/1/17, 1110,

DIE PROBLEMATIK DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEIT IN DER SCHULE (6)

Alfred Haslinger von den Eisenbahnern und Ernst Zehetbauer von Semperit erzählen von den Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Erfolgen von Namenslisten.

Ich hör mir das an, und fühle mich überfordert. Ich müßte für die Prügelstrafe (oder wenigstens für mehr Disziplinierungsmöglichkeiten) eintreten, wollte ich mit meinen Arbeitskollegen " gewerkschaftlich" arbeiten. Immerhin wurde ich neulich schon sehr schief angesehen, als ich mich von einem ohrfeigenden Lehrer distanzierte (mehr eh nicht!). Und die jungen Kollegen reden darüber, wo man am günstigsten Rouglederstiefel einkauft. Ein paar Klasse gibt es auch, wahrscheinlich. Um aber meine ganze Freizeit der Schule zu opfern, mich mit diesen Kollegen zu treffen (Kaffeetrinken, Sonntags-spaziergang...) müßte ich da schon mehr unmittelbare Erfolgserlebnisse haben.

Also: Personalvertreter, eher Nein Danke. Warum aber nicht Vertrauenslehrer der Schüler ??

Dazu müßte ich mehr mit dem " Sozialpartnerschaftsschmä" arbeiten: " Seids stad, dann bin ich auch leiwand, und zeig euch auch viele Filme. Mir taugt die Schule, so wie sie ist auch nicht, aber wir werden sie nicht ändern, machen wir es uns so klaß es halt geht." Ich bin aber zu Schulbeginn hineingegangen, hab gesagt: Ich hab einen weißen Arbeitsmantel an, bin Lehrer, werde bezahlt dafür, daß ich euch abrichte und werde das notfalls auch tun. Weil ich es nicht aushalt, dauernd mit euch zu raufen, werde ich euch manchmal zu kaufen versuchen. Werde sagen: " Seid schön ruhig, dann haben wir mehr Ziet und ich kann euch noch einen Film zeigen." Glaub mir nicht, ich will euch den Film nicht zeigen, weil ich sooo lieb bin, sondern weil der Unterrichtsstoff in dem Film gut gebracht wird und weil ich weiß, daß ihr euch immer wirksamer wehrt, wenn der Unterricht fad wird. Ich will, daß ihr euch wehrt, weil ich sonst keinen Grund hab, mich für eine Veränderung der Schule einzusetzen, aber ich will nicht, daß es mir dabei sehr schlecht geht...."

Und dann: Fische sind das vorgeschriebene Thema, die Sitzung hat gestern lang gedauert, Kopfweh hab ich auch (Scheiß-Rauchen): " Kinder, nehmt die Bücher heraus und lest das Kapitel über den Fischfang und versucht, die Fragen am Ende des Kapitels (die im rosa Kästen) zu beantworten. Wenn ihr nicht zu laut seid (ich hab Kopfweh) könnt ihr auch zu zweit oder zu dritt arbeiten. In der nächsten Stunde - ausgeschlafen - will ich mit ihnen das Welternährungsproblem diskutieren. Da sie in der letzten Zeit einen eher faden Unterricht genossen haben, muß ich mich sehr anstrengen, wenigstens die meisten aufzuwecken. Weil mir das Thema wichtig ist! Und wenn ich nur mehr Themen behandle, die mir wichtig sind, diese mit allen didaktischen Mätzchen aufbereite und nicht auf die Polen-Veranstaltung gehe?

Mir Material beschaffe über Berufskrankheiten und die Arbeitssituation in Venezuela? Der Mathe-Lehrer kann die Algebra eh nur fad bringen! Werde ich über all den Unterrichtsvorbereitungen vergessen, daß diese Schule eigentlich abzuschaffen ist? Oder kann ich mich ruhig der Kosmetik hingeben, die Schule bleibt schlimm genug, unübersehbar? Was hat die Gewerkschaft mit mir zu tun? Ich bleib jede Woche zwei Stunden länger in der Schule, unbezahlt: Klassenvorstandsarbeiten (schon wieder wurde der Gabi ein Lineal abgebrochen, in Englisch gibt es sovieler Hausübungen, alle wollen in den ersten beiden Reihen sitzen...) Ich hör schon die Vorwürfe des Gewerkschafters: " Bist du wahnsinnig, das ist unkollegial! Denk an die Freischichten bei

Lehrertreffen, Ende
Prozeß Gruppe 5. Nov.

Semperit! Klar sieht es jeder Vorgesetzte gern, wenn ein Arbeiter gratis Überstunden macht, um seine Arbeit ordentlich zu erledigen!

...."

Aber ich arbeite nicht an Autoreifen....

Bevor ich mich für die Bezahlung von Supplierstunden, für die Erhöhung von Wandertagsspesen einsetze, muß ich ein bißchen mehr Klarheit bei folgenden Fragen haben:

Die Wieviel-Stundenwoche hat eigentlich ein Lehrer?

Und wieviel dieser Zeit bin ich nicht gleichzeitig politisch tätig (und könnte ich daher durch "Obizahn" dem Arbeitgeber wegnehmen?)

Lidia Brandstätter

NEUE RUNDE IM SATTSAM BEKANNTEN PROZESS: " Apropos AKH, Herr Kienzl, Herr Benya, was zahlt Siemens für Zwentendorf?"

Am Freitag, 11.12.81 wurde die Gruppe " Bewegung 5. November" verurteilt, je 800 S an Kienzl und Benya zu bezahlen. Es gelang der Gruppe nicht, den verlangten Wahrheitsbeweis zu erbringen.

(na geh!). Die Prozeßkosten betragen bis jetzt S 35.000.

Die Gruppe hat volle Berufung eingelegt, doch wer soll das bezahlen?

Spendenkonto:

PSK 9397790, Elisabeth Wenisch, 1090 Wien

GROSSE BEREINIGUNG

Die Ursachen
kämpfen jetzt
gegen ihre Folgen
daß sie keiner mehr
für die Folgen
verantwortlich machen darf
denn auch
das Verantwortlichmachen
gehört zu den Folgen
und Folgen werden verboten
und verfolgt
von den Ursachen selbst

Die wollen
von solchen Folgen
nichts mehr wissen
Wer sieht
wie eifrig sie
hinter den Folgen her sind
und immer noch sagt
sie stehen
in enger Verbindung mit ihnen
der wird nur sich selbst
die Folgen
zuschreiben müssen

Erich Fried
.....

SOZIALISTISCHE ÖKOLOGIE GRUPPE

Endlich ist es soweit! Es gibt wieder eine neue "Sozialistische Ökologie Zeitung".

Wir haben keine Kosten und Mühen gescheut, um diese schon längst überfällige Nummer noch interessanter, noch schöner und noch perfekter zu gestalten.

Ein Grund für diese lange Pause seit der letzten Nummer ist, daß wir, nachdem der Kampf gegen Zwentendorf an politischer Brisanz verloren hatte, wichtige Arbeitsbereiche diskutierten (z.B. Technologie und Arbeitsplätze, Verkehr Frieden und Abrüstung). Anfang September waren wir wieder voll einsatzbereit, um einer sich andeutenden Pro-AKW-Kampagne entgegenzutreten. Doch die Kampagne fand nicht statt.... So beschäftigten wir uns in letzter Zeit besonders mit der auch in Österreich aufkeimenden Friedensbewegung und mit Verkehrspolitik, was sich auch in den Schwerpunkten dieser Nummer niederschlägt.

Die wichtigsten Artikeln sind:

Der US-Imperialismus rüstet auf
Das Märchen von der Überlegenheit der Sowjetunion
Waffengrüße aus Österreich

Nulltarif, bezahlt aus den Unternehmergeewinnen
Vorrang für Straßenbahn und Bus
Radln in Wien-das große Abenteuer

Biosprit in Österreich

Ein neues, für die "Sozialistische Ökologie" politisch wichtiges Betätigungsfeld ist unsere Mitarbeit in der "Kommunalpolitischen Initiative/Alternative Liste", die gerade dabei ist, sich ein grundsätzliches Programm zu geben.

DIE ZEITUNG KAUFEN ALLEIN GENÜGT ABER NICHT! - MITARBEITEN IN DER GRUPPE "SOZIALISTISCHE ÖKOLOGIE" IST GEFRAGT!

Wir treffen uns jeden ersten und dritten Dienstag des Monats im Amerlinghaus, 1070, Stüftgasse 8, Raum 14.

Zeitungsbestellungen an: Wolfgang Schöner, Postfach 75, 1082 Wien
Telefonkontakt: Günter 43 39 735

Informationen für Eltern und Kinder Informationen für Eltern und Kinder

Wir, Eltern von einem Schippel Kindern ab 8, haben schon lange eine Idee und jetzt endlich auch was Konkretes getan. Wir wollen, daß unsere Kinder politische Informationen kriegen, die ihnen in der Schule vorenthalten werden und die sonst nicht so aufbereitet werden, daß es Kindern auch Spaß macht. Ein erster Versuch, ein Nachmittag im Rincon Andino über die Situation in Lateinamerika, hat gezeigt, daß weitere Nachmittage gewünscht werden und es sind uns auch einige Themen eingefallen. Wir haben also jetzt einmal im Monat Samstag um 16 Uhr im Rincon-Andino einen Raum zur Verfügung und wir haben

als ersten Termin

Samstag den 23. Jänner 1982

16 Uhr

geplant. Das Thema steht leider noch nicht fest, rechtzeitige Information folgt in der AKIN.

- Wenn Ihr also
- 1.) Kinder seid oder habt (bitte nicht unter 8!)
 - 2.) Themenvorschläge habt
 - 3.) gern Kindern etwas erzählen wollt, von dem Ihr glaubt, daß es Kinder interessiert

dann erwarten wir Euch zum angegebenen Termin. Während die Kinder beschäftigt sind, erwarten wir von den Eltern konstruktive Mitarbeit für die nächsten Nachmittage.

- Einige Themenvorschläge:
- Spanischer Bürgerkrieg
 - Was ist Kunst? Ist Werbung Kunst?
 - Was ist Religion? (Wer braucht eine Religion, welche gibts, hat wer was davon?)
 - Warum baut man barocke Paläste, gotische Kirchen und heute scheußliche Gemeindebauten? Wer baut wie warum?
 - Geschichte des Arbeiterliedes (Zum Mitsingen!)

Kontaktadressen: AKIN-Redaktion
Renate Sassmann 83 17 622
Ilse Grusch 33 77 494
Lili Kolisch 35 32 942

Termine-Veranstaltungen

Mittwoch 23.12.

Club links/Graz: Weihnachtsfeier

...

Kufsteiner Kulturladen 20 h

Film: Züri brennt

...

Donnerstag 24.12.

Namenstag: Adam und Eva

...

Amerlinghaus: Fest mit Null und wichtig

...

Weihnachtsfeste: Rotstilzchen ab 20 h
Gassergasse 18.30
Kulturatelier
9., Garnisong.
Saftbeisl

...

Mittwoch 30.12.

Kindernachmittag und Frauenabend
im Club links/Graz

...

Donnerstag 31.12.

Silvester im Club links/Graz

...

Silvesterparty im Rotstilzchen ab
20 h

...

Freitag 1.1.82

Neujahr !

...

V O R S C H A U :

Samstag 23. Jänner 16 h
Kindergruppe im Rincon Andino
6., Münzwardeingasse 3. Stock, Kl. Saal

...

Montag 11.1.82

Vollversammlung im Club links Graz

...

15. Jänner 82

Linzer Szene für ein Linzer Rockhaus

...

B F S - LEITUNGSSITZUNG :

anwesend: Kolm, Patka, Saßmann, Dürr,
Zaun, Margulies, Brunner

Beschlüsse: Bundeskonferenz der BFS
findet am Samstag den 14. und Sonntag
den 15. Feber im Club links/Wien statt.

Tagesordnung: 1) Festlegung und Sicherung
(personell) der Mindest-
fordernisse an Organisa-
tionsstrukturen

2) Schwerpunktdiskussion-
Friedensbewegung
Einleitung: Patka

3) Schwerpunktdiskussion -
Kommunalpolitik
Einleitung: Zaun

.....

Das war die letzte AKIN im heurigen
Jahr !

Die nächste Redaktionssitzung ist am
Montag, den 11. Jänner 1982 wie immer
im GE-Zentrum 1., Wipplingerstr.23
Beginn: 18 Uhr

AKIN-Herstellung: Dienstag 12.Jänner
ab 10 Uhr bis ca. 16 Uhr

So bleibt uns nur, das Übliche zu
wünschen (schöne Weihnachten, viel
Glück etc.) - und wie könnt Ihr uns
erfreuen? - Ganz leicht - beiliegenden
Zahlschein zweckbestimmend verwenden -
AKIN-Jahresabos verschenken bei
Bekanntem und Freunden werben, Möglich-
keiten gibts einige - danke !

.....

bezahlte Kleinanzeigen-

REISEN, Reisen, REISEN, Reisen,

SONDERANGEBOTE von MORGENLAND-REISEN

- 1) 8 Tage TUNESIEN 7. - 14. Jänner 82 öS 3.250.--
Hotel Jalta/Bizerta, Flug Wien/Tunis/Wien, Hotelaufenthalt mit
Nächtigung/Frühstück
- 2) 8 Tage ISRAEL 7. - 14. März 82
 28.3.- 4.4.82 öS 12.200.--
Rundfahrt durch Israel, Flug Wien/Eilah/Wien, 4-Stern-Hotels ,
Halbpension
- 3) 12 Tage TUNESIEN 2. - 13. April 82 öS 8.650.--
8 Tage Rundfahrt und 4 Tage Badeaufenthalt, VOLLPENSION
Flug Klagenfurt/Tunis/Klagenfurt

BfS-Mitglieder bekommen noch zusätzlich 3 % Ermäßigung !

Anmeldungen: Morgenland, Tel. 93 81 28, 93 33 29, 93 81 69

Vicki KLAUS

.....
Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-Bücher-

für Kinder ab 8 Jahre: MUTIG SEIN - Preis S 150.-- (BfS 4., Belvedereg.10)

: ICH VERSTEHE DIE TROMMEL NICHT MEHR - Preis S 75.-- (BfS)

Leopold Spira: "FEINDBILD JUD" - Freundschaftspreis (BfS)

GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG - (BfS) Preis S 50.--

RECHTSEXTREMISMUS IN ÖSTERREICH (BfS) S 100.--

Waren aus der Dritten Welt: Kaffee, Juwsäcke, Tee, erhältlich BfS 4., Belvedereg.10
Tel. 65 19 52

.....
MUCH- Kalender für das Jahr 82 - Karton: S 25.--

Papier: 10.--

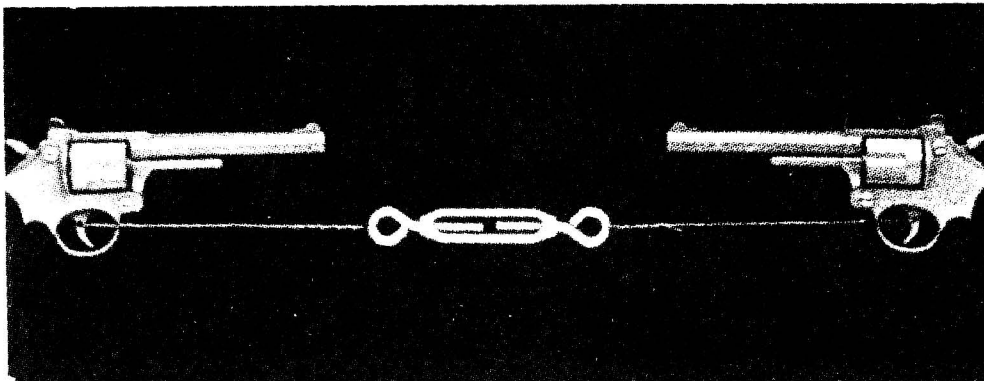
im GE-Zentrum und in der BfS
.....

er nach, daß syrische Artillerie, die nun jenseits der Golanhöhen stationiert ist, mit Leichtigkeit dieselben Ziele erreichen könnte, wie vor 1967.

Die mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten israelischen Siedlungen erwiesen sich im Oktoberkrieg 1973 sogar als Hindernis für einen israelischen Schlag gegen Syrien, da sie vorher evakuiert werden mußten. Der israelische Staat, mit seinen kolonisatorischen und expansionistischen Strukturen, muß danach streben, vollendete Tatsachen zu schaffen, da er keine Vorstellungen

davon hat, wie er mit der palästinensischen und arabischen Bevölkerung friedlich koexistieren kann. Die Annexion hat einen zusätzlichen konjunkturellen Grund: Sie soll die Position der USA in der arabischen Welt - auch in den konservativen Staaten - untergraben und die Reagan-Administration zu einer noch eindeutigeren pro-israelischen Haltung zwingen. Und das trotz der jüngsten abgeschlossenen 'strategischen Allianz' zwischen den USA und Israel, die Begin als unzureichend empfindet.

John BUNZL



ZWEI MODELLE DER FRIEDENSBEWEGUNG

I.
In der Auseinandersetzung mit einem bestimmten Typus traditioneller Argumentation hat E.P.Thompson die These vertreten, daß es zwei imperiale Formationen gibt, und nicht eine, wie weit sie sich auch nach Herkunft und Charakter unterscheiden mögen". Das kritisierte Argumentationsmodell meint dagegen (Thompson): "Der Sozialismus, wie sehr er auch deformiert sein mag...nimmt eine überwiegend defensive Haltung ein" und besteht daher auf einer wesentlich gegen USA und NATO gerichtete Friedensbewegung. In der so verstandenen Bewegung wird konsequenterweise den Vertretern sowjetischer Blockpositionen ein Aktions- und Manövriertfeld eingeräumt (etwa indem auf konkrete Kritik an der sowjetischen Politik in Plattformen verzichtet wird). Eine erste inhaltliche Auseinandersetzung mit Exponenten dieser traditionalistischen Position im linken SPÖ-Spektrum habe ich in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift versucht.

Demgegenüber hat sich mit dem Friedensmarschkomitee (und anderen regionalen Initiativen) ein neuer Typus der Friedensbewegung herausgebildet, der sich von der als aggressiv erkannten Militärpolitik beider Blöcke, von USA und UdSSR, entschieden abgrenzt. Wie im Falle des Friedensmarschkomitees ist eine solche Schlußfolgerung Konsequenz von durchaus verschiedenartigen Ansätzen in Bezug auf die Gewichtung beider Blöcke, die Einschätzung ihrer inneren Widersprüche und die Ausbildung antimilitaristischer Strategien.

Die Vertreter sowjetischer Blockpositionen haben bisher versucht "auf beiden Klavieren zu spielen". Ihr durch Obstruktionsversuche, gekennzeichnetes Auftreten im FMK ist - in der Folge langwieriger inhaltlicher Auseinandersetzung - gedämpft worden. Im anderen Feld der Friedensbewegung verfügen diese Positionen jedoch über ausreichend Platzhalter - und noch jede linksso-

zialistische Friedensinitiative (einschließlich der aktuellen Vorbereitung einer gesamtationalen Demonstration) mag auf diverse KPÖ-Unterstützung nicht verzichten.

II.

Wenn die Errichtung einer militärischen Diktatur in Polen nicht landesspezifisch zu deuten ist - und alles weist darauf hin - wenn es sich im Gegenteil um den Ausdruck einer Entwicklungsperspektive handelt, dann wird dieser objektive Tatbestand in hohem Maß Wirkungsmöglichkeiten der beiden Tendenzen in der österreichischen Friedensbewegung bestimmen.

Vieles spricht im Licht der polnischen Ereignisse für die These Zdenek Mlynars, als Folge ökonomischer und ideologischer Krisenerscheinungen zeichne sich eine zunehmende Militarisierung der osteuropäischen Gesellschaften ab. Der Umkehrschluß, die wirtschaftliche Misere stärke die Tendenz zur Entmilitarisierung und zum Abbau der Rüstungen, hat an Glaubwürdigkeit verloren.

Ohne in diesem Rahmen einer intensiven Analyse der Ereignisse und Tendenzen vorgreifen zu wollen, scheint doch eines festzustehen: im sowjetischen Machtbereich ist kein Platz für eine autonome Friedensbewegung, wie es die Solidarnosc auch war. Die Sowjetunion - denn ohne sie hätte sich das polnische Pinochet-Double keinen Tag halten können - ist weder friedliebend noch kann man ihre Politik vor allem als defensiv begreifen.



Die westeuropäische Friedensbewegung selbst kann ihrer Funktion daher nur in einem Modell gerecht werden, das direkte prosojetische Einflußzonen minimiert.

In der Vergangenheit sind Mitarbeiter des Friedensmarschkomitees von den Vertretern einer sowjetfreundlichen Friedensbewegung vielfach als fanatische, ja "krankhafte" Antikommunisten denunziert worden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Positionen ist dagegen zurückgeblieben (allein die Reaktionen auf die letzte OL sprechen für sich). Heute ist man - wenn auch mit unterschiedlicher Nuancierung - zur einheitlichen Verurteilung der Junta von Moskaus Gnaden gelangt. Ob dieser Einschätzung auch eine Überprüfung des strategischen Verhältnisses zum Ostblock folgt, bleibt freilich abzuwarten. Die Zeiten der unverhüllten Propaganda für die "Friedensmacht" und ihre Politik scheinen jedenfalls vorbei zu sein.

III.

Kommen wir nun zur Frage, - die hier nur im Ansatz beantwortet werden kann - nach den Entwicklungsmöglichkeiten beider Typen der Friedensbewegung. Dabei werden jene durchaus ernstzunehmenden Auffassungen ausgeblendet, die sich eine Substantielle Friedensbewegung nur im Gefolge von revolutionären Gruppen vorstellen können bzw. die ihre Berechtigung generell bestreiten.

Es handelt sich nicht um einen Streit um Etiketten, sondern um die unerläßliche Differenzierung von Positionen, des Herausschälen organisatorischer Bedingtheiten. Die innere Widersprüchlichkeit und Heterogenität beider Modelle steht durchaus im Einklang mit ihrer äußeren gegenseitigen Konkurrenz.

Im übrigen stehen sie vor vergleichbaren Aufgaben und Problemstellungen, (wie die Herstellung von Effektivität und Zielgerichtetheit, die Sicherung der Meinungsbildung, unter den jeweiligen Besonderheiten, das Verhältnis administrativer Maßnahmen zu inhaltlicher Debatte, die Vermittlung von Teilinteressen).





Frieden in Bonn

IV.

Am reinsten ausgeformt hat sich das traditionelle, sowjetophile Modell nicht im rauhen Konkurrenzverhältnis der Friedensbewegung, sondern im ruhigen Klima der antifaschistischen "Arbeit", ruhig durch das Versagen sämtlicher alternativen Ansätze.

Über die Institutionalisierung und Verengung der antifaschistischen Bewegung zu einer kleinen, von KPÖ und Linkssozialistischen dominierten Institutionen ist bereits an anderer Stelle gehandelt worden.

Auch in der Friedensbewegung existiert die Tendenz, starre parteibürokratische Strukturen - mit durchaus gut österreichischer Prägung - neuen Bewegungen überzustülpen. Eine solche Tendenz formt sich geradezu zwangsläufig aus den organisatorischen Bedingtheiten und Traditionen der Parteigruppierungen. Die obskure Floskel der in den Bewegungen zu vereinheitlichenden "Sozialisten, Kommunisten, Christen" ist nicht nur Ausdruck theoretischer Schwerfälligkeit, sondern gleichzeitig unverhüllter Hege-monieanspruch. Die sozialpartnerschaftliche Erfahrung, daß man in Österreich

nur mit dem Parteibuch etwas werden kann, steht hier der Ernennung diverser Amtssozialisten-, kommunisten und -Christen Pate.

Der gesellschaftliche Schein, die zum Wesentlichen geronnene schlichte Bezeichnung werden Anlaß für Aktions- und generell Politikmodelle. Die Forderung aus der linken SPÖ-Ecke, man möge doch "die Kommunisten" nicht aus der Friedensbewegung ausschließen, klingt noch in aller Ohren.

Daß solche Fiktionen dagegen materielle Strukturen benötigen, um sich ins Leben zu setzen, ist eine Binsenweisheit; "die bare Münze, die nackte Kaufkraft", Lebenssaft aller Bürokratien, fehlt so und so kaum.

Entsprechend den inneren Strukturen der zugrundeliegenden Bürokratien formt sich der beeinflusste Sektor der Friedensbewegung aus; und noch die schlichtesten "Personenkomitees" dienen der Machtumsetzung der Parteiapparate. Nicht Personen, sondern bürokratische Charaktermasken (die durchaus originelle Züge annehmen können!) dominieren die Aktivitäten, wobei das Team der

KPÖ meist zufolge monolithischer und eindeutig formulierter und bewußter Interessen höheren Durchsetzungswert hat. Es liegt auf der Hand, wo die Vor- und Nachteile dieses Bewegungsmodells liegen: schnellere Entscheidungsmöglichkeit, ein höheres Ausmaß an Effektivität und Geschlossenheit sowie größere Vorbereitungsmöglichkeiten verschaffen einen deutlichen Vorsprung. Allerdings sollte man nicht übersehen, daß sich auch die Geburtsfehler dieser Friedensbewegung auf ihre Wirkungsweise übertragen. Das Auffahren von Prominenten (wobei hier ausnahmsweise gerade die Konservativsten am meisten gefeiert werden) verhüllt kaum die geringe Substanz von Aktivisten über die Riege der Apparat-Leute hinaus.

V.

Gleicht diese traditionelle Bewegung frivol gesprochen - einer Musicbox, aus der nach Einwurf der entsprechenden Zahl von Münzen auch Friedensschalmeien tönen (dazwischen auch Marschmusik, vgl. "Volksstimme"), die aber jedenfalls immer irgendwie funktioniert, so ist der neue Typ der Friedensbewegung Schwankungen, Störungen, eben allen Auswirkungen subjektiv bestimmter "strukturen" ausgesetzt.

Eine "Organisation" wie das Friedensmarschkomitee, die keine Möglichkeiten bürokratischer Entscheidungsfilterung und Vorstrukturierung hat, die auf dem Prinzip der Basisdemokratie beruht und erst seit kurzem über ein - rotierendes - Koordinationskomitee verfügt, hat nicht nur wesentlich mehr Reibungsflächen zu überwinden, sondern ist auch gezwungen, einen hohen Energieanteil für interne Konfliktregulierung und -bewältigung aufzuwenden.

Die offene Struktur des Komitees provozierte immer wieder Interventionen von Vertretern sowjetischer Blockpositionen. Intensive Bemühungen auch von linkssozialistischer Seite, interne Differenzen, psychischen Spannungen und Frustrationen in ihrem Sinne zu nützen, sind teilweise gelungen. Dabei ist die Kritik der Bürokraten am Friedensmarschkomitee durchaus korrekt: der egalitäre Anspruch (1 Mitarbeiter = 1 Stimme) wird zwar theoretisch anerkannt, in der Praxis existiert jedoch eine Hierarchie von politisch-organisatorisch Erfahreneren.

Ein weiteres Wesensmerkmal der neuen Bewegung ist ihre politische Heterogenität, die zudem primär durch Einzelpersönlichkeiten in all ihrer Verein-



Foto: Rose

seitigung zustandekommt - als gemeinsame Basis gilt lediglich die Autonomie von den Blöcken. Auf diese Problematik ist zweifellos die Forcierung inhaltlicher Debatten (vom Friedensseminar bis zu den heute funktionierenden Arbeitskreisen) eine notwendige Antwort. Andererseits wird diese Notwendigkeit zwar zur crux: öffentliche Aktivitäten, der Versuch, in die Breite zu wachsen und neue parallele Strukturen anzuregen, bleiben auf der Strecke.

Bei all dem ist die persönliche Frustration enorm, Erfolgserlebnisse sind selten, der Wust organisatorischer Kleinarbeit oft erdrückend.

Die in doppeltem Sinne autonome Friedensbewegung - autonom von den Blöcken,

autonom von den Parteien - leidet an allen Krankheiten ähnlicher Projekte, die alternative Öffentlichkeit herzustellen suchen. Denkformen und Verhaltensweisen des Systems kleben weit aus zäher als Inhalte an den tätigen Subjekten.

Eine neue Friedensbewegung, die sich als Typ durchsetzen will, müßte in höherem Ausmaß eine solidarische Diskussions- und Kommunikationskultur hervorbringen. Der Faktor "Mensch" darf nicht als Objekt, er muß als Subjekt in unsere Tätigkeit eingehen. Mehr als bisher sollten nicht nur objektive Notwendigkeiten des Friedenskampfes diskutiert werden, sondern subjektive Bedürfnisse, Interessen, Traditionen und Ängste bewußt und offen werden.

Reinhard FARKAS

notizen

WIE MEINT ER DAS DENN ?

"Die polnische Nation, die in ihrer Geschichte so bittere Erfahrungen machen mußte, weiß die sowjetische Friedenspolitik und ihren persönlichen Beitrag daran hoch zu schätzen."

Polens General Jaruzelski in seinem Geburtstagsglückwunsch an Breschnew am 18.12.81

AMTLICHER TEIL

Hohe Auszeichnung für Botschafter Chiles

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger hat dem Botschafter der Republik Chile, Manuel Rodriguez, das Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Heute nachmittag überreichte der Bundespräsident in seinen Amtsräumen in Anwesenheit von Kabinettsvizektor Dr. Loibl Botschafter Manuel Rodriguez, welcher demnächst Österreich verläßt, die Insignien der hohen Auszeichnung.

W. Zeichner

die
alternative
monatszeitschrift der gewerkschaftlichen einheit

Die Jänner- Nummer erscheint am 8.1.1982.

Aus den Inhalt:

Die Militärdiktatur in Polen - Berichte der kritischen Gewerkschaftsinitiativen im Jahr 1981 - die Erfahrungen der "Unabhängigen sozialistischen Liste" in der Chemiefaser Lenzing - Breitmaulfrösche können wieder aktiv bei VÖEST werden-- Die Initiativen im Gemeindebereich - Gewerkschafter in Uruguay -Serie :die Geschichte der Gewerkschaftlichen Einheit - Egon Kodicek :Standort - T.Prager : Wirtschaftsmosaik - und natürlich Karikaturen von MUCH

IN DEN KAMBODSCHANISCHEN FLÜCHTLINGSLAGERN

Ein Augenzeugenbericht von Zsolt Patka

Die Grenze zwischen Thailand und Kampuchea verläuft im äußeren Süden entlang einer Hügelkette. Zwischen den Hügeln und dem Meer verengt sich das Land auf thailändischer Seite zu einem schmalen Streifen, der an manchen Stellen knapp ein Kilometer breit ist.

Hier liegen die Flüchtlingslager zwar eindeutig auf thailändischem Territorium. Aber im Falle einer vietnamesischen Grenzüberschreitung - wie im Juni 1980 weiter nördlich - säßen die Flüchtlinge in einer Falle.

Kao I Dang, das erste Lager, das wir in Begleitung der thailändischen Caritas besuchen, sticht durch die riesigen, an den Bambusdächern der Lagergebäude aufgemalten Rotkreuzzeichen ins Auge. Hinten, direkt am Meer, liegt das Dorf, wo die Flüchtlinge schlafen. Tagsüber halten sie sich im vorderen Teil auf, wo unter riesigen Dachkonstruktionen und in großen Schulungs- und Schulzentren - alles aus Bambus - gearbeitet und gelernt wird. Später, wenn wir das Lager in Nong Chan gesehen haben, erinnern wir uns an dieses unter dem persönlichen Schutz der thailändischen Königin stehende Lager wie an ein Ferienparadies. Die Lagerbewohner sind überwiegend Mädchen und Knaben, Frauen und Mütter mit Kindern. Wenn wir Männern begegnen, sind es entweder Soldaten (der thailändischen Armee) in Trainingsanzügen mit dem amerikanischen Sturmkarabiner in der Hand oder - Invalide. Im Schulzentrum wird in mehreren Klassen gleichzeitig unterrichtet. Eines der Kinder steht an der Tafel, zeigt auf einige Schriftzeichen und "singt" vor. Die Klasse fällt im Chor ein. In Thai, mehr noch als in Khmer, kommt alles auf die richtige Betonung an. Beide Sprachen werden unterrichtet. Es ist tatsächlich wie ein Gesangsunterricht.

Sie bringen den Besuchern zu Ehren Lieder und Tänze vor. Aus

dem Hintergrund, jenseits der Hügelkette, hören wir das dumpfe Explodieren von Granaten. Es wird uns schon am nächsten Tag im benachbarten Mae Rut so wenig aus der Fassung bringen wie es jetzt diese graziös tänzelnden Flüchtlingskinder.

Wir gewöhnen uns auch rasch an die herzlich lächelnden, gerne für Aufnahmen posierenden, neugierigen Gesichter in der Menge. Nur wenn Einzelne von ihnen für ein Interview gebeten werden, zeigt sich Scheu und Unsicherheit.

Nach den einleitenden Fragen zur Person konzentriert sich unser Interesse auf drei Themenbereiche: das Leben unter Pol Pot, die Zeit seit der vietnamesischen Intervention und wie es in Zukunft weitergehen soll. Die Antworten auf die erste Frage variieren stark nach der jeweiligen sozialen Herkunft der Befragten. Aber allgemein läßt sich zusammenfassen: unter Pol Pot mußten alle hart arbeiten, es gab wenig, aber für alle zu essen und es gab immer wieder strenge Strafen für das geringste Vergehen. Die Intellektuellen und die Stadtbevölkerung, die zu Hunderttausenden aufs Land getrieben wurden, waren von diesem spartanisch-bäuerlichen Leben am härtesten betroffen. Unter ihnen muß es am meisten Opfer gegeben haben, verursacht durch die ungewohnten Anstrengungen auf den Reisfeldern und im Dschungel, durch Malaria als die heute noch häufigste Krankheit in Südostasien, aber auch durch Hinrichtungen von ehemaligen Lon-Nol-Anhängern, Silhanoukisten, wirklichen oder vermeintlichen Spionen aus Vietnam oder aus dem westlichen Ausland. Die Ablehnung jener Zeit überwiegt, aber es gibt auch Stimmen der Verteidigung. Der Haß gegen die vietnamesische Präsenz in Kampuchea ist ein spontan einigendes Band unter allen Befragten. Es ist offensichtlich eine nationale Frage, deren Dramatik spürbar wird, wenn immer wieder davon gespro-

chen wird - von Lehrern, ehemaligen Verwaltungsbeamten unter Sihanouk, von den Moulinaka-Guerilla-Führern in Nong Chan -, daß die nackte Existenz des Khmer-Volkes auf dem Spiel steht, sollte in Kampuchea keine politische Lösung gefunden werden. Und hier scheiden sich wieder die Geister. Wieder überwiegt die Meinung: weder Pol-Pot, noch Heng-Samrin. Aber zuerst müßten sich die Vietnamesen aus Kampuchea zurückziehen. Nur wenige der Befragten glauben daran.

Was wir bisher gesehen haben, war eine behutsame Einübung auf die andere, die eigentliche Realität der kambodschanischen Flüchtlingslager. Nong Chan ist sicher eines der geeignetsten seiner Art für einen Anschauungsunterricht.

knallroten UNICEF-Wassertankwagen im Lager an und bleiben bis 16 Uhr. Dann gehen sie ausnahmslos, und die ganze Büro- und Verwaltungsräumlichkeiten, die uns tagsüber den Eindruck einer fest etablierten Administration machten, stehen leer. Einige zusammengeknüllte Listen und leere Pappbecher liegen herum. Bis zum nächsten Tag ist alles dem angelernten Khmer-Lagerpersonal überlassen. Auch hier ist alles, von den Dächern bis zu den Pritschen, von den Tischen bis zum "Kreißaal" und dem "OP-Raum" aus Bambus angefertigt, ohne einen einzigen Nagel oder ein Stück Draht, kunstvoll geflochten und zusammengebunden.



Über 12.000 Menschen leben hier ständig, unter improvisierten Zeltkonstruktionen aus Bambus und einem Stück Kunststoffplane. Manche dieser offenen Unterstände sind bereits von buntem Unkraut überwuchert, manche erst gerade von frisch angekommenen Familien errichtet. Das Rote Kreuz unterhält hier ein "Spital". Wie alle anderen Einrichtungen des Lagers, beruht auch dieses auf einem wohlfunktionierenden System der Selbstverwaltung. Die Leute vom Internationalen Roten Kreuz, von CARE und UNICEF u.v.a.m. kommen gegen 9 Uhr in der Früh mit dem

Und dann spazieren die ersten "Soldaten" der K.P.N.L.F. (Khmer Peoples National Liberation Front-Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes) an uns vorbei, so lässig und natürlich, daß wir erst beim zweiten Hinschauen die umgehängte Kalaschnikow und die am Gürtel baumelnden Eierhandgranaten bemerken. Sind es Kinder, sind es Halbwüchsige? Sind es Männer oder Frauen? Manche gehen herum oder hocken unter den Bäumen in blauen Anzügen, in einem "Räuberzivil" oder in Phantasieuniform. Jetzt begreifen wir erst, daß hinter dem Bambusbalken am Lagereingang, wo wir unsere von den thailändischen Task-

force-80 ausgestellten Sonderausweise vorzeigen mußten, das sogenannte "Niemandland" liegen muß, das ebensogut bereits zu Kampuchea gehören kann. Und wir verstehen nun, warum niemand von den Hilfsteams so genau sagen kann, wo in diesem Lager kambodschanisches Territorium beginnt.

Das Gespräch mit einem Führer der K.P.N.L.F. verläuft auf einer "diplomatischen" Ebene, die in groteskem Gegensatz zur Wirklichkeit der Umgebung steht. Ihre Haltung zur UNO-Debatte über den Sitz Kampucheas? Sie würden es begrüßen, wenn die demokratischen und friedliebenden Staaten der Welt verhindern können, daß das verräterische Heng-Samrin-Regime den Sitz bei der UNO einnimmt. Die chinesische Lektion in Vietnam? Eine Angelegenheit des chinesischen Volkes. Was sagen sie zur Rolle, die derzeit Sihanouk spielt? Er hat keinen Einfluß auf die Entscheidungen der Befreiungsbewegungen, die sich trotz tiefgreifender Differenzen aus der Vergangenheit gegen den gemeinsamen vietnamesischen Feind zusammenschließen.

Tags zuvor saß im Vorraum des Rot-Kreuz-Stützpunktes, wo wir unsere Sachen abgestellt hatten, eine vietnamesische Familie, durch die Bambusritzen von außen von Dutzenden dunklen Khmer-Augenpaaren fixiert. Sie haben sich zu Fuß von Saigon (Ho Tschi Minh-Stadt) quer durch Kampuchea bis hierher durchgeschlagen. Es war nicht nur unglaubliches Glück auf ihrer Seite, Das Gelingen vieler Fluchtvorhaben hängt ebenso von der Bestechlichkeit mancher Heng-Samrin- und vietnamesischer Kader ab. Die Khmer und die Vietnamesen haben heute vielleicht nur mehr eines gemeinsam: das Elend und die Hungersnot in beiden Ländern.

Drei Stunden dauert die Fahrt zurück nach Bangkok. Motorisierte vietnamesische Durchschlagskraft vorausgesetzt - Bangkok in einem halben Tag zu erreichen. Erst wer die Reise von den Lagern zurück in die thailändische Hauptstadt hinter sich hat, begreift nun vieles, was thailändische Freunde, Journalisten, Politiker verschiedener Richtungen übereinstimmend zur Lage in Südost-

18 offensiv links

asien sagen. Niemand versucht die Zeit unter Pol-Pot, die Zeit der Politik "zurück zur Stunde Null" zu rechtfertigen. Im Gegenteil. Die Verurteilung ist heftig und eindeutig. Sie sehen aber im Sturz Pol Pots keine Aktion der Vietnamesen, die sich von humanitären Erwägungen geleitet hat. Das ausführliche Weißbuch, das von Singapur anläßlich der UNO-Debatte über Kampuchea herausgegeben wurde, beweist dies an Hand vieler Zitate aus Hanoier Quellen. "Von Phnom Penh nach Kabul" ist der Titel dieser Dokumentation, es handelt sich aber dabei um das Originalzitat aus einem Hanoier Rundfunkkommentar anläßlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Der Kommentar aus Hanoi entdeckt dabei interessante Parallelen zwischen der vietnamesischen Aktion Ende 1978 und der genau ein Jahr darauf von der SU gestarteten "internationalistischen Hilfeleistung".

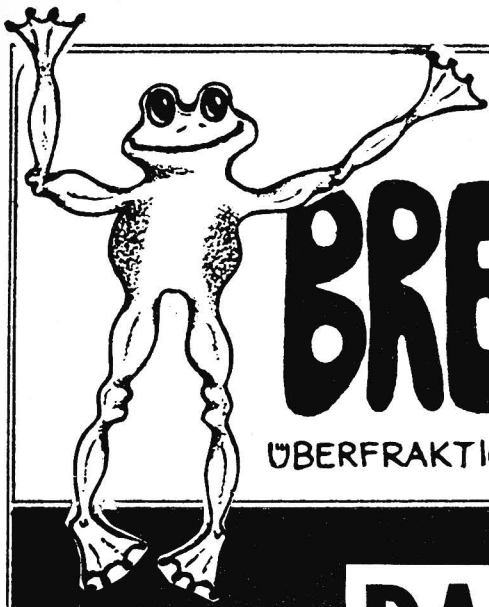
Aber auch die anderen ASEAN-Länder beobachteten die Entwicklung mit besonderer Sorge, da sie hinter Vietnams gewaltsamem Vordringen die Komplizenschaft Moskaus sehen. Sie betrachten die daraus entstehenden Gefahren als ebenso gravierend wie jene im Nahen Osten.

Ein einfacher Zahlenvergleich beleuchtet die Lage in Südostasien besser als jede langatmige Erklärung:

In dem Gebiet, das früher Indochina umfaßte, leben heute über 50 Millionen Vietnamesen, knapp 3 Millionen Laoten verschiedenster Mininationalitäten und bestenfalls 5 Millionen Khmer. In Südostasien sind im Laufe der Geschichte schon größere Volksgruppen verschwunden als die Laoten und die Khmer.

Zsolt Patka: Tel. 52 08 184
52 79 23





BREITMAULFROSCH

ÜBERFRAKTIONELL • PARTEIUNABHÄNGIG • BASISDEMOKRATISCH

DANEBEN GETRETEN

"Ihr seid wieder VOESTler", erklärte uns der Vorsitzende des Einigungsamtes, als wir nach Bekanntgabe der Entscheidung - die in bestem Juristendeutsch gehalten war - etwas verdutzt dreinschauten.

Alle von der VOEST angeführten Kündigungs- und Entlassungsgründe hatten sich als nicht stichhaltig erwiesen.

- Unsere Teilnahme an der Betriebsversammlung war trotz Werksverbot gerechtfertigt. Die im Arbeitsverfassungsgesetz verankerten Rechte eines Arbeitnehmers wiegen also schwerer als ein Werksverbot der VOEST.

- Von einer Verletzung des Datenschutzes kann keine Rede sein. Wir hatten im Breitmaulfrosch Nr. 3 eine Telefonliste der VOEST veröffentlicht. Die personenbezogenen Daten waren jedoch unkenntlich, die Liste zum Großteil "verstümmelt".

- Einem der Gekündigten wurde schlechte Arbeitsleistung vorgeworfen. Dies konnte nicht bewiesen werden.

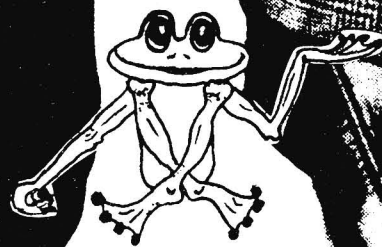
- Die VOEST konnte nicht glaubwürdig machen, daß ausgerechnet die 3 Breitmaulfrosche im T-Bereich aufgrund der ZBB-Studie wegrationalisiert werden mußten. Wenigstens die unmittelbaren Vorgesetzten hätten davon etwas wissen müssen.

- Die VOEST konnte nicht beweisen, daß die Gekündigten/Entlassenen mit den Aufklebern etwas zu tun hatten.

- Übrig blieb nur das "firmenschädigende Verhalten" durch unsere Gewerkschaftsgruppe und den Breitmaulfrosch.

Auch in diesem Punkt schloß sich das Einigungsamt den Auffassungen der VOEST nicht an. Wie wir bereits in einem früheren Flugblatt bemerkten: "Motivkündigungen sind laut Arbeitsverfassungsgesetz nicht zulässig ..."

Die Kollegen Jaidhauser, Remsing, Schernhammer und Zendron möchten so bald wie möglich an ihre früheren Arbeitsplätze zurück; unsere Betriebsräte Zendron und Schernhammer ihr Mandat ausüben.



alle Jahre wieder...



**FAHRSCHEINE
SCHENKEN!**

**Straßenbahnfahren -
Luxus und Abenteuer**